



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte SPD**

Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die plangemäße Fortsetzung aller laufenden Projekte der Autobahndirektion Süd sicherzustellen und gegebenenfalls die dazu nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Das beinhaltet vor allem die Entschärfung des drohenden Personalmanagements gerade bei projektrelevanten Ingenieuren und Führungskräften. Dies kann zum Beispiel geschehen durch vertraglich verbindliche Zusagen an die Angestellten der Autobahndirektion Süd, betreffend Versetzungen und Weiterbeschäftigung. Um bereits laufende Eigenkündigungen durch Neueinstellungen zu ersetzen, müssen zudem weitere Anreize geschaffen werden. Die erfolgreiche Arbeit der Autobahndirektion darf nicht durch die Umstrukturierung in Mitleidenschaft gezogen werden.

Begründung:

Im Zuge der Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen soll bis 2021 die Überführung der Bundesautobahnen in die Bundesverwaltung abgeschlossen sein. Darüber hinaus soll eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr entstehen. Nach Presseberichten führt die aktuelle Unsicherheit für die Beschäftigten der bis 2021 auslaufenden Autobahndirektionen zu gravierendem Personalmangel. Dieser gefährdet die erfolgreiche Fortführung bestehender Projekte und die bisherige beispielhafte Position der Auftragsverwaltung durch den Freistaat Bayern.